



## INFOPERU Nr. 63

### Der Newsletter der Informationsstelle Peru e.V.

29.08.2019

#### Inhaltsverzeichnis:

1. [Editorial \(H. Willer\)](#)
2. Tauziehen ohne Ende um die Mine in Tia Maria (A. Brox)
3. Präsident Vizcarra will vorgezogene Neuwahlen (A. Baumgart)
4. Ex-Präsident Toledo in den USA festgenommen (H. Schulze)
5. Irrweg oder überflüssig ? Streit um Wasserstrassen im Amazonas (E. Falley-Rothkopf)
6. Reportage: Wenn es im Regenwald pechschwarz wird (H. Willer)
7. Die stillen Opfer werden laut (Eva Tempelmann)
8. Seria Amazonas-Synode: „Ich habe die Kraft, hier zu leben“ (H. Willer)
9. 8 Jahre Haft für Regenwald-Frevel (H. Willer)
10. Hamburg: Korruption und investigativer Journalismus in Peru
11. Bis 25. Oktober: weltwärts bewerben

### 1. Editorial InfoPeru No 63

Liebe an Peru interessierte Leserin und Leser,

in diesen Tagen schaut alle Welt besorgt auf die brennenden Amazonas-Wälder. Auch im peruanischen Amazonas-Gebiet brennt es, wenn auch in geringerem Ausmass als in Brasilien. Bisher hat das die Mehrheit der Peruaner, die an der Küste leben, wenig interessiert. Denn den Konflikt zwischen Entwicklung einerseits und einer intakten Umwelt andererseits fechten die Menschen aus, die direkt im Regenwald leben. Manchmal verläuft die Grenze zwischen Opfer und Täter hauchdünn, wie ich in Saramiriza in Loreto erfahren durfte. Dort besuchte ich das Dorf Nuevo Progreso, in dem Erdöl aus einer kaputten Pipeline geflossen war, und in dem die Dorfbewohner beschuldigt wurden, diese Schäden mutwillig herbeigeführt zu haben. Wer oder was wirklich dahintersteckt, können Sie in diesem InfoPeru lesen.

Auf der politischen Bühne ist der Machtkampf zwischen Präsident Vizcarra und der Mehrheit der Fujimoristas und Apristas im Parlament in vollem Gange. Vizcarra möchte, mit Rückendeckung der großen Mehrheit der Bevölkerung, Neuwahlen vorziehen, und damit die jetzigen Parlamentarier vorzeitig nach Hause schicken. Diese wehren sich mit

allen ihnen zur Verfügung stehenden Mitteln dagegen. Das Tauziehen wird uns in den nächsten Wochen und Monaten noch gefangen halten. In diesem InfoPeru lesen Sie eine ausführliche Analyse von Andreas Baumgart zu dieser politischen Konstellation.

In den letzten Wochen hat die Peruaner aber weniger die Politik, als wieder einmal der Sport begeistert. Das Geld, das nicht in die Regenwalddörfer investiert wird, wurde gebraucht, um neue Sportstadien und Hochhäuser für die Athleten aus ganz Südamerika zu erstellen, die für die Panamerikanischen Spiele nach Lima kamen. Die Limeños waren begeistert dabei, füllten die neuen Stadien in den Aussenbezirken und bejubelten ihre Medaillengewinner\*innen. Manche werden sagen, das viele Geld (die Spiele kosteten den Staatssäckel über eine Milliarde US-Dollar) hätte man besser einsetzen können. Im Jubel der Spiele und der monumentalen Abschlusszeremonie stellte niemand diese Investition in Frage. Nun ist zu hoffen, dass die neuen Stadien in Villa El Salvador und Villa María de Triunfo auch nach der Euphorie der Spiele feste benutzt werden.

*Hildegard Willer*

## **2. Tauziehen ohne Ende um Mine in Tia Maria**

Die Proteste der Bevölkerung scheinen Erfolg gehabt zu haben. Die Regierung hat die Lizenz für das umstrittene Projekt in Arequipa für 120 Tage ausgesetzt.

Der Konflikt um die geplante Kupfermine Tía María im Valle de Tambo in der Provinz Islay, Region Arequipa, spitzt sich immer mehr zu.

Seit Mitte Juli protestiert die Bevölkerung mit einem Generalstreik, Demonstrationen und Straßenblockaden gegen die kurz zuvor von der Regierung erteilte Baugenehmigung. Es kam zu Verletzten auf beiden Seiten und zu Festnahmen.

### **Vorgeschichte**

Tía María zählt zu den größten Kupfervorkommen in Peru und weltweit und verspricht eine Produktion von 120.000 Tonnen Kupfer pro Jahr über eine Zeitspanne von 21 Jahren. Die mexikanisch-US-amerikanische Southern Copper Corporation ist einer der größten Kupferförderer der Welt und in Peru nicht unbekannt: Wegen Umweltverschmutzung wurden die von Southern Copper betriebenen Bergwerke Cuajone (Moquegua) und Toquepala (Tacna) sowie die Raffinerie in Ilo (Küste) zu Strafzahlungen von insgesamt ca. 27,5 Millionen Euro verurteilt. Die Grupo México, seit 2004 Mehrheitsaktionär von Southern Copper, ist der drittgrößte Kupferproduzent der Welt. Sie hat 2014 eine der größten Umweltkatastrophen Mexikos verursacht, als sich 40 Millionen Liter giftiger Abwässer in die Flüsse Sonora und Bacanuchi ergossen.

Das Tal des Flusses Tambo ist eine wichtige landwirtschaftliche Region. Hier werden Reis, Bohnen und Früchte für die Versorgung von Arequipa angebaut, der zweitgrößten Stadt Perus. Bereits jetzt leidet das Tal unter Wasserknappheit. Die Mine könnte durch ihren exzessiven Wasserverbrauch und die unvermeidbare Verschmutzung durch Abgase und Abwasser dieser wichtigen Agrarregion im wahrsten Sinne des Wortes das Wasser abgraben.

Die Arbeiten zur Erschließung der Mine Tía María wurden Ende 2014 trotz langjähriger Proteste aufgenommen. Im Mai 2015 kam es zu Protesten mit Toten und Verletzten. Die

Regierung verhängte den Ausnahmezustand. Schon damals forderten Bauern, Lokalpolitiker und Umweltorganisationen mehr Transparenz und die Berücksichtigung der lokalen Interessen.

### **Besuch der Beobachtungsmission**

Angesichts der Proteste und Auseinandersetzungen besuchte am 22. Juli 2019 eine „Beobachtungsmission“ die Region, zu der sich die Menschenrechtsorganisationen Coordinadora Nacional de Derechos Humanos und Amnesty international, das bergbaukritische Netzwerk Red Muqui und der NGO-Dachverband „Asociación Nacional de Centros“ zusammengeschlossen haben.

In einer Stellungnahme erklärte die Mission nach ihrem Besuch, dass sich das Bergbauprojekt nicht mit Gewalt durchsetzen lasse. Die im betroffenen Tal Valle de Tambo existierenden Lebensweisen und Entwicklungsmodelle seien zu respektieren.

Die Beobachtungsmission berichtet von elf verletzten Polizisten. Die Zahl der verletzten Protestierenden sei unbekannt, da viele es aus Furcht vor Festnahmen und Kriminalisierung nicht wagten, einen Gesundheitsposten aufzusuchen.

Die Mitglieder der Mission fordern alle Beteiligten, insbesondere die Regierung, dazu auf, auf die Ausübung von Gewalt und auf Stigmatisierung der Demonstrierenden zu verzichten. Sie erinnern daran, dass die Bewohner\*innen des Valle de Tambo seit zehn Jahren gegen das Minenprojekt protestieren, ohne beim Staat Gehör zu finden.

### **Präsident Vizcarra in Arequipa**

Die Regierung von Präsident Vizcarra steht unter Druck: Das Wirtschaftswachstum in Peru ist zurückgegangen. Damit die Zahlen und die Stimmung sich nicht weiter verschlechtern, braucht die Regierung den Erfolg des großen Bergbauprojektes.

Angesichts der anhaltenden und heftigen Proteste besuchte Präsident Martin Vizcarra am 24. Juli Arequipa, um mit Lokalpolitiker\*innen über das Minenprojekt und den Streik zu sprechen. Der Regierungspräsident der Region Arequipa, Elmer Cáceres Llica, hatte zuvor die Regierung aufgefordert, die Baugenehmigung zurückzunehmen.

Vor Erteilung der Genehmigung sei nicht überprüft worden, ob die Empfehlungen des Energie- und Minenministeriums (Vorlage einer Wasserstudie und Einrichten einer Schutzschicht aus Ton im Boden) umgesetzt wurden, kritisierten die Lokalpolitiker. Die Bürgermeister forderten in dem Gespräch eine Überarbeitung des Bergbaugesetzes. Vizcarra kündigte an, die Änderungsvorschläge zu prüfen. Das Wichtigste bei dem Treffen sei der Dialog gewesen, so der Präsident.

Die anwesenden Vertreter\*innen der Lokalregierungen verabschiedeten nach dem Treffen eine Erklärung, in der sie begrüßten, dass es zu dem Treffen mit dem Präsidenten gekommen ist, und sie ihre Anliegen vorbringen konnten. Sie fordern, keine weiteren Aktivitäten des Bergbauprojektes zuzulassen, solange der soziale Konflikt nicht gelöst ist.

Vizcarra kündigte nach dem Treffen den Rückzug der Polizei zur Befriedung der Situation an. Dies geschah jedoch nicht. So kam es zu weiteren Auseinandersetzungen in mehreren Orten, mit dem Einsatz von Tränengas auf der einen und Straßenblockaden und Steinwürfen auf der anderen Seite. Ergebnis: Weitere Festnahmen und Verletzte.

## Reaktionen

Die Handelskammer Lima reagierte auf die Gespräche in Arequipa mit der Erklärung, dass die Genehmigung für Tía María auf keinen Fall zurückgenommen werden dürfe. Die Proteste seien eine Bedrohung der privaten Investitionen. Die Präsidentin der Handelskammer, Yolanda Torriani, warnte davor, dass die Ereignisse im Valle de Tambo einen Rückgang der Steuereinnahmen nach sich ziehen und kein gutes Beispiel für die technische Entwicklung des Landes geben würden. Sie betonte, die Proteste dürften nicht ignoriert werden, aber keinesfalls dazu führen, dass Genehmigungen zurückgenommen würden.

Die Plataforma Europa Perú (PEP), in der sich 16 europäische Organisationen, unter ihnen die Informationsstelle Peru, zusammengeschlossen haben, zeigte sich in einer Stellungnahme sehr besorgt über die wachsende Spannung und die Gewalt im Konflikt um Tía María. Die PEP fordert, dem Dialog den Vorrang zu geben und die Menschenrechte der betroffenen Bevölkerung zu respektieren. Sie unterstützt die von den Lokalregierungen geforderten Änderungen des Bergbaugesetzes: Das Recht der betroffenen Bevölkerung auf Vorabkonsultation soll verankert und die Umwelt- und sozialen Auswirkungen verbindlich berücksichtigt werden.

Am 27. Juli kündigte Southern Copper an, mit weiteren Aktivitäten zu warten, bis wieder ein „besseres soziales Klima“ herrsche. Sobald die Proteste aufhörten, werde jedoch mit dem Projekt begonnen, hieß es in der Erklärung.

## Ein neues Bergbaugesetz

In seiner Rede zum Nationalfeiertag erwähnte der Präsident den Konflikt nicht, kündigte aber ein neues Minengesetz an, das den Unternehmen mehr Sicherheit und vor allen mehr Ruhe und Entwicklung verschaffe. Die Regierung müsse eine sozial verantwortliche und umweltverträgliche Minenwirtschaft einfordern.

## Ein kleiner Sieg der Gegner: Regierung setzt Genehmigung für 120 Tage aus

Am 10. August bestätigte der Energie- und Minenminister Francisco Ismodes, dass der Bergbaurat (Consejo de Minería) in seinem Ministerium die Baugenehmigung vorübergehend zurückgenommen hat. Die Rücknahme gilt solange, bis die strittigen Punkte, die der Regierungspräsident der Region Arequipa und die Bevölkerung vorgebracht haben, gelöst seien, längstens jedoch 120 Tage.

Präsident Vizcarra widersprach indes der Behauptung, er habe in einem Treffen mit lokalen Regierungsvertreter\*innen die Rücknahme der Baugenehmigung verhandelt. Seine Regierung führe keine „Geheimverhandlungen“, betonte er. Er habe jedoch klar gesagt, dass das Projekt ohne „soziale Genehmigung“ nicht starten könne. Er fügte aber hinzu, dass es keine Argumente für die Rücknahme der Baugenehmigung gebe. Inzwischen ist ein heimlich aufgenommenes Audio des Treffens mit Vizcarra aufgetaucht, das massive Angriffe seitens der dominanten Parlamentsfraktionen, den Vertretern der Bergbaugesellschaften und des neuen Parlamentspräsidenten Olaechea zufolge hatte. Das Audio lässt durchaus auf mögliche Sympatien von Vizcarra mit den Gegnern von Tía María schließen. Olaechea warf daraufhin dem Präsidenten vor, die Proteste zu befeuern und verlangte eine härtere Gangart gegen die Protesierenden.

Die Gewerkschaft der Arbeiter von Arequipa (FDTA) erklärte, die Proteste gingen solange weiter, bis die Baugenehmigung zurückgenommen werde. Am 12.08. hat die Regierung

auf die weitergehenden massiven Proteste reagiert: Premier Salvador del Solar teilte der Öffentlichkeit mit, dass der Leitungsrat des Ministeriums für Energie und Bergbau die Lizenz für den Bau des Minenprojekts ausgesetzt hat. Die Protestbewegung fordert allerdings eine vollständige Aufgabe des Projekts. Der Konflikt schwelt weiter.

Annette Brox

Quellen:

<https://larepublica.pe/tag/tia-maria/>

<https://www.servindi.org/actualidad-noticias/25/07/2019/no-se-puede-imponer-un-proyecto-minero-bajo-el-uso-de-la-fuerza>

<http://www.muqui.org/comunicaciones/noticias/item/914-mision-de-derechos-humanos-realizo-acciones-en-valle-de-tambo>

<http://www.infostelle-peru.de/web/geplante-kupfermine-tia-maria-ein-zweites-conga>

<http://www.infostelle-peru.de/web/proteste-gegen-geplante-kupfermine-tia-maria/>

### 3. Präsident Vizcarra beantragt Neuwahlen

*Warum er das tut, und ob er mit seinem Anliegen durchkommen wird, erfahren Sie in der ausführlichen Politik-Analyse von Andreas Baumgart.*

Mit großer Spannung war Präsident Vizcarras Rede vor dem versammelten Parlament, dem Kabinett und den Vertretern des Militärs anlässlich des Nationalfeiertags vom 28. Juli erwartet worden. Wie würde er auf die Aushöhlung der von der Regierung ins Parlament eingebrachten Verfassungsreform von Seiten der parlamentarischen Mehrheit des Fujiprisimo reagieren? In seiner inhaltsvollen, gut strukturierten und unaufgeregten Rede widmete er sich zunächst ausführlich den zahlreichen Vorhaben der Regierung, die auf eine nachhaltige Aktivierung der peruanischen Wirtschaft abzielen. Bemerkenswert waren vor allem die Schwerpunkte, die für den infrastrukturellen Ausbau der Provinzen gesetzt wurden. Positiv überrascht hat die längerfristige Planung vieler Vorhaben bis ins Jahr 2030. Angesichts der traditionell sehr unmittelbarkeitsbezogenen Regierungspolitik, die auf die Erzielung kurzfristiger Erfolge ausgerichtet sind, stellt dies einen bemerkenswerten zukunftsorientierten Fortschritt dar. Nachdem er auch teils sehr interessante Vorhaben für die anderen gesellschaftlichen Bereiche vorgestellt hatte, widmete er sich endlich, nach einer Choreografie, die nicht spannender hätte sein können, der Einschätzung der vom Parlament verabschiedeten Reformgesetze. Sechs von zwölf Reformvorhaben, denen die Bevölkerung via Referendum zugestimmt hatte, waren durch Kabinettspräsident del Solar im Juni im Namen der Regierung ins Parlament eingebracht worden. Fünf der sechs beinhalten umfangreichen Maßnahmen gegen die Korruption in verschiedenen Bereichen der Politik und Justiz. Wie wir im Juni berichtet hatten, sah sich der Präsident durch die destruktive Haltung und Verzögerungstaktiken des Fujiprisimo gezwungen, seine Reformvorhaben mit einem Ultimatum ans Parlament zu verbinden. Sollten die sechs prioritären Gesetzesvorhaben nicht bis zum Ende der Legislaturperiode und nicht in Sinn der Regierung angenommen werden, würde er die Vertrauensfrage stellen und [das Parlament auflösen](#).

Im Anschluss wurde er zur Rolle des Fujiaprismo deutlich, ohne diesen direkt zu benennen. Der Kampf gegen die Korruption habe für seine Regierung Priorität und das peruanische Volk erwarte, dass sich die politischen Verhältnisse grundlegend ändern würden. Aus diesem Grund sei ein nationales Referendum für Verfassungs- und Gesetzesänderungen durchgeführt worden, dem die Bevölkerung mit großer Mehrheit zugestimmt habe. Er verwies auf die großen ökonomischen und moralischen Schäden, die durch die Korruption und die Parlamentspolitik angerichtet würden. Die Bevölkerung fühle sich durch die Korruption ständig in ihrem Alltag und Möglichkeiten beeinträchtigt, und das Land befände sich in einer Verfassungskrise. Auf seinen Reisen landauf und landab sei immer wieder die schon lange auf die Straßen getragene Forderung an ihn herangetragen worden, das Parlament endlich aufzulösen.

Wohlwissend wer gemeint war, begann es in den Reihen des Fujiaprismo zu rumoren und erste laute Rufe unterbrachen seine Rede. Gleichzeitig brandete Applaus von Seiten der Opposition auf, Applaus, der bis dahin nur spärlich die Rede von Vizcarra begleitet hatte. Immer wieder versuchten die Fujiapristen durch Gebrüll und Beleidigungen Vizcarra an der Fortführung seiner Rede zu hindern und ließen dabei aller Regeln des Respekts und Anstands fahren. Mittlerweile sichtlich empört, kritisierte Vizcarra speziell die Weigerung der parlamentarischen Mehrheit, die von ihm geforderte Übertragung der Entscheidung über die Aufhebung der Immunität von Abgeordneten an ein außerparlamentarisches Gremium gesetzlich umzusetzen. Bisher bestimmen die Parlamentarier selbst über die Aufhebung ihrer Immunität. Dies zu ändern stellte ein Eckpfeiler der Reformvorhaben dar, denn der Fujiaprismo hatte mit seiner Mehrheit mehrfach eigene korrupte Abgeordnete vor juristischer Verfolgung geschützt.

Sein abschließendes Urteil: Die Reformen entsprächen nicht den Interessen des Kampfes gegen die Korruption. Der Regierung sei nicht das Vertrauen entgegengebracht worden, das ihr im Parlament via Abstimmung erteilt worden war. Die Zustimmung zu den Reformen sei nur zum Schein erfolgt, in der Praxis sei sie verweigert worden. Dann endlich ließ er die Katze aus dem Sack und verkündete die vom seinem gesamten Kabinett mit beschlossenen Konsequenzen: „Ich schlage einen Ausweg aus der institutionellen Krise vor und stelle dem Kongress eine Verfassungsreform zur Durchführung von vorgezogene Neuwahlen vor, die die Verkürzung der Parlamentslegislatur auf den 28. Juli 2020 impliziert.“ Vizcarra betonte, dass diese Verkürzung auch die Mandate des Präsidenten und seines Kabinetts betreffen werde: „Die Stimme des Volkes muss gehört werden, weshalb diese Verfassungsreform durch ein Referendum legitimiert und schlussendlich durch das Parlament abgestimmt werden. Dieses Vorhaben wird die Pfeiler der Republik zementieren, auch wenn dies bedeutet, dass wir alle gehen müssen!“ „Peru zuerst. Unsere Kraft liegt bei den 34 Mio. Peruaner\*innen, die das Land voranbringen möchten. Die großen Entscheidungen dieser Regierung werden zusammen mit den Bürgern getroffen!“ Seine weiteren Begründungen gingen in Geschrei, Beleidigungen und Sprechchören unter. Fuera, fuera (raus hier) brüllte ein wütender Haufen Fujiapristas, während zahlreiche oppositionelle Abgeordnete skandierten: „Se puede, se puede“ (es geht doch). Ein Video der gesamten Rede einschließlich Kommentaren von Journalist\*innen und Politiker\*innen finden Sie hier: [https://www.youtube.com/watch?time\\_continue=3&v=k3KcF3Er8c](https://www.youtube.com/watch?time_continue=3&v=k3KcF3Er8c)

Kurz zurückgespult. Trotz der im Raum stehenden Drohung der Regierung, das Parlament aufzulösen, war es wie erwartet gekommen: Die parlamentarische Mehrheit unter Führung von Fuerza Popular und Apra setzten ihr ganzes zerstörerisches Potential ein, um den Reformvorhaben den Zahn zu ziehen. Die Debatten und Abstimmungen in den entsprechenden Gremien wurden hinausgezögert, unterlaufen, die anderen politischen

Kräfte überstimmt und wesentliche Inhalte bis zur Unkenntlichkeit entstellt. Die Legislaturperiode musste bis zum 25. Juli verlängert werden, um die „modifizierten“ Gesetzesvorhaben am Donnerstag buchstäblich in letzter Sekunde im Plenum abstimmen zu lassen. Die Debatten wurden mitunter bizarr geführt und manch Abgeordnete und Abgeordneter ließen alle Umgangsformen fahren und bepöbelten respektlos den Kongresspräsidenten Salaverry und die wortführenden Abgeordneten der Oppositionsparteien. Es war nicht zu übersehen, dass zahlreiche Abgeordnete des Fujiprismo die Gesetzesvorlagen nicht richtig gelesen hatten, sich in Rage redeten und in ideologische Scharmützel abdrifteten, die überhaupt nicht zum Thema passten. Mehrfach mussten die Debatten im Verlauf der letzten Wochen unter- und abgebrochen werden. Parlamentspräsident Salaverry, ehemaliger abtrünniger Fujimorist, der sich zum erklärten Gegner der Korruptionsschergenossenschaften des Fujiprismo gewandelt hatte, versuchte mit allen ihm zu Verfügung stehenden Mitteln und unter ständigen Anfeindungen die Debatten im Sinn der Reformen voranzutreiben.

Im Rahmen der Reformdebatten und Abstimmungen wurden einige Wünsche der Regierung berücksichtigt, andere unterlaufen oder in ihr Gegenteil verkehrt. Dies kann hier nicht bis ins Detail ausgeführt werden. Hier nur einige herausgepickte Beispiele, die letztlich den Präsidenten zu dem drastischen Schritt, Neuwahlen anzukündigen, bewogen haben. Auf der Homepage der Infostelle Peru und in unserem letzten CIRCULAR finden Sie die sechs Reformvorhaben der Regierung kurz vorgestellt: <http://www.infostelle-peru.de/web/president-vizcarra-stellt-die-vertrauensfrage/>

Wie oben schon angeführt, hatte der Fujiprismo das Immunitätsgesetz ausgehebelt. Dass die Parlamentarier selbst über die Aufhebung der Immunität in ihren eigenen Reihen bestimmen, hatte Fuerza Popular immer weidlich dazu genutzt, eigene widerspenstige Kolleg\*innen bei der Stange zu halten. Mit Kenji Fujimori, der auf unbestimmte Zeit aus dem Parlament verbannt wurde, hat die Parteiführung ein deutliches Signal gesetzt. Kürzlich veröffentlichte Telefonate beweisen Erpressungsgespräche, in denen einzelnen Abgeordneten mit einer Untersuchung durch die Ethikkommission, die Aufhebung der Immunität und Verbannung aus dem Kongress angedroht wird. Das ist insofern ein Leichtes, als praktisch alle „Dreck am Stecken“ haben und daher leicht erpressbar sind. Die Beibehaltung des bisherigen Systems hat es auch ermöglicht, den umstrittenen Obersten Staatsanwalt Chávarry, mutmaßlicher Drahtzieher der kriminellen Vereinigung „Los Cuellos Blancos del Puerto“, vor juristischer Verfolgung zu schützen. In Peru sind oberste Richter und Staatsanwälte immunitätsmäßig Abgeordneten gleichgestellt. Und so wurde letzte Woche Chávarry zum wiederholten Mal durch den Fujiprismo gedeckt und seine Verfolgung wegen Zugehörigkeit zu einer kriminellen Vereinigung nun endgültig abgeschmettert. Für die Regierung, die aufrechten Jurist\*innen und die Bevölkerung, die im Referendum gegen die Korruption gestimmt hat, ein erneuter unerträglicher Affront.

Weiterhin wurde im Wahlsystem das Präferenzrecht erhalten, dessen Abschaffung gefordert wurde. Es ermöglicht bei der Stimmabgabe, Kandidat\*innen von Parteien zu bevorzugen und damit deren Chancen, Parlamentarier\*in zu werden, zu erhöhen. Dieses System hat den „Stimmenkauf“ seitens einzelner Kandidat\*innen geradezu befördert. Die Beibehaltung höhlt auch die Einführung der Parität und Alternierung auf den Listen sowohl auf nationaler, regionaler und lokaler Ebene aus. Was zunächst als großer Teilerfolg erschien, nämlich die Einführung paritätischer und alternierender Kandidat\*innenlisten bei einem vierzigprozentigen Anteil an Frauen auf den Wahllisten, wird durch den Erhalt des Präferenzsystems unterlaufen. Um zu verhindern, dass Frauen nicht auf die unteren Listenplätze verbannt werden, müssen Männer und Frauen abwechselnd platziert werden. Das durchgesetzt zu haben, ist zunächst ein großer Erfolg für die Frauenbewegung,

repräsentiert durch zahlreiche weibliche und auch männliche Abgeordnete, zumal sich sogar Frauen aus dem Lager von Fuerza Popular, gegen die offizielle Position der Partei, dem Vorhaben angeschlossen hatten. Mit dem Präferenzialvotum wird diese Alternierung wieder ausgehebelt, weil die Wählerschaft die männlichen Kandidaten, die besonders intensiv „Stimmenkauf“ betreiben, bei der Abstimmung bevorzugen kann.

Auch der der Sieg des Fujiaprismo in dem parallel zu den Reformdebatten geführten Machtkampf um die Nachfolge der Parlamentspräsidentschaft war ein Auslöser für Vizcarras Schritt. Die Parlamentspräsidentschaft wird jedes Jahr mit Ende der Legislaturperiode zur Abstimmung gestellt. Als quasi Geschäftsführung mit Prokura sichert sie den jeweiligen Präsident\*innen des Parlaments eine enorme Machtfülle zu. Darunter Einfluss auf den Verlauf der Debatten, die Priorisierung der Themen und Gesetzesinitiativen, die Ratifizierung der Parlamentsdokument, Ausschlüsse von Abgeordneten bis hin zur Besetzung von Ämtern in der Verwaltung. Salaverry, regelrecht zur Hassfigur des Fujiaprismo geworden, stellte sich erneut zur Wahl und seine Chancen standen nicht schlecht. Durch eine geschickte Bündnispolitik und wer weiß welche Versprechungen und Erpressungen, gelang es dem Fujiaprismo einen großen Teil der zum Teil verfeindeten Fraktionen zu einer gemeinsamen Liste zu einigen und damit die Wahl deutlich zu gewinnen. Für den Sieg verzichteten sie auf einen eigenen Spitzenkandidaten, besetzten aber die Positionen für die Vertretungen. Dadurch konnte der Fujiaprismo seine Macht über das Parlament, die er mit Salaverry verloren hatte, wiedererlangen. Damit sah die Zukunft für die Regierung düsterer aus denn je.

Der neue Parlamentspräsident Pedro Oleachea, ehemaliger Minister PPKs, wurde lange Zeit vom Fujiaprismo gemobbt, steht nun aber für die Kontinuität des Fujiaprismo und gilt vielen als reine Marionette. Er ist eine Führungsfigur der reaktionären Bewegung „Con mis hijos no te metas“ („Lass die Finger von meinen Kindern“) und macht immer wieder durch seine frauenfeindlichen und homophoben Äußerungen von sich Reden. Noch vor wenigen Tagen provozierte er die weibliche Welt mit der Aussage, der einzige Ort, an dem sich Frauen entspannen könnten, beim Friseur wäre. Als privilegierter Limeño und Repräsentant der privaten Unternehmerschaft hält er den aktuellen Mindestlohn für die arbeitenden Menschen im „Landesinnern“, wie er sich ausdrückt, für zu hoch. Bei der letzten Wahl war er gemeinsam mit Vizcarra über die Liste von PPK ins Parlament eingezogen und hatte später die PPK-Fraktion verlassen.

Es ist schwer einzuschätzen, wie es nun weiter gehen wird. Vizcarra kann das Referendum nicht erzwingen, er benötigt dafür die Zustimmung des Parlaments. Ob sich die parlamentarische Mehrheit allerdings traut, diese zu verweigern, ist mehr als fraglich. Angesichts der parlamentsfeindlichen Stimmung in der Bevölkerung könnte es zu erheblichen Unruhen im Land kommen und dem Fujiaprismo mehr schaden als nutzen. Das Parlament könnte bei entsprechender Mehrheit auch den Präsidenten absetzen, was nicht sehr wahrscheinlich erscheint. Dazu müssten begründete Verdachtsmomente über Verfassungsbrüche oder Korruption seitens Vizcarras vorliegen, was bislang nicht der Fall ist aber sicherlich noch konstruiert werden könnte.

Im Prinzip wird die Regierungsarbeit fortgesetzt. Die inzwischen debattierten und modifizierten vier Reformen aus dem Referendum sind von Vizcarra am 26. August unterzeichnet und verkündet worden. Um nun die Reform für vorgezogene Wahlen zu verhindern, setzen einige Apristen auf eine Absetzung Vizcarras. Vizepräsidentin Mercedes Aráoz solle künftig die Präsidentschaft übernehmen. Auf Grund ihrer früheren Nähe zu Pedro Pablo Kuczynski, war Aráoz bisher selten von Vizcarra ins Vertrauen gezogen worden und wurde wie alle Abgeordnete vom Vorhaben der Exekutive

überrascht. Nun hat sie mit zwei weiteren Abgeordneten sogar die Fraktion PPK verlassen und beinahe die Auflösung derselben ausgelöst. Nur durch einen Übertritt zur PPK seitens der umstrittenen Abgeordneten **Yesenia Ponce behält PPK die erforderlichen fünf Abgeordneten.** Fuerza Popular widmet sich zur Zeit ihrer Lieblingsbeschäftigung: die Reform boykottieren. Aus den ursprünglich sechs Parlamentsfraktionen sind inzwischen zwölf geworden. Die Mehrheit steht allerdings Fuerza Popular nahe oder unter deren Einfluss. So ist es gelungen, die radikale Wortführerin des Fujimorismo, Rosa Bartra, erneut zur Vorsitzenden der Verfassungskommission des Parlaments wählen zu lassen. Die von Vizcarra geforderte vorgezogene Wahl muss dort debattiert und dann dem Parlament vorgelegt werden. Mit ihrer absoluten Mehrheit zögert sie nun mit allen Tricks und Tagesordnungsmanövern die Befassung mit der Reform hinaus. Diese Verzögerung wird solange fortgesetzt, bis es terminlich keinen Spielraum mehr für die Durchführung von Neuwahlen 2020 gibt. So zumindest die Absicht.

Für Marisa Glave von der linken Fraktion Nuevo Peru ist die Sache klar: Die vorgezogenen Wahlen werden zu einer gefährlichen Reaktion von Seiten des Fujiprismo führen, und Marco Arana verwies auf seine schon vor einem Jahr geäußerte Einschätzung, dass die schlimmsten Bedrohungen vonseiten des Fujiprismo erst noch bevorstünden. Vizcarra macht das Spiel nicht mit und hat gerade wieder deutlich gemacht, dass es Neuwahlen geben wird. Die Regierung sondiert derzeit den besten Weg, dies gegen den Fujiprismo durchzusetzen. Die Konfrontation mit Vizcarra hat immer radikalere Züge angenommen und der neu gewählte Parlamentspräsident scheut keinen Versuch, Vizcarra auch persönlich zu erniedrigen. Dieser bereist derzeit mehrere Provinzen und wo immer er auftritt, sind die Forderungen der Bevölkerung nach einer Auflösung des Parlaments unüberhörbar. Angesichts eines fehlenden Rückhalts durch eine eigene starke Parlamentsfraktion, beruft er sich immer auf den überall artikulierten Willen der Bevölkerung.

Die Rede Vizcarras und sein Antrag auf Neuwahlen belegen seine konsequente Haltung zur Austrocknung des Korruptionssumpfs. Andererseits beruhen seine Vorstellungen von Fortschritt und wirtschaftlicher Erholung auf einem moderneren neoliberalen Weltbild, liberaldemokratisch im Kulturellen und neoliberal in der Ökonomie. Fortschritt wird ausschließlich im monetären Ergebnis gemessen. Marco Arana vom Frente Amplio weist auf Twitter darauf hin, dass der neue Nationale Plan für Wettbewerbsfähigkeit und Produktivität ohne Beteiligung der Arbeiterschaft beschlossen wurde. Liberalisierung und Deregulierung der Arbeitsmärkte zur Steigerung des BIP bleiben zentrales Regierungsanliegen. Auch wenn einige neue Schwerpunkte wie die Diversifizierung der Wirtschaft hinzugetreten sind, bleibt doch der Export von Rohstoffen und Agrargütern die Haupteinnahmequelle des Staates. Die Qualität der Arbeit, der Produkte, die Bedürfnisorientierung, ökologische und soziale Kriterien, die Versorgung der Menschen im Land wird weiterhin den Mechanismen eines deregulierten Marktes überlassen.

Die angekündigte Reaktivierung der Wirtschaft wird die sozio-ökologischen Konflikte rund um die Minen weiter verschärfen. Wir erleben gerade im Kontext nicht endender Kämpfe gegen die umstrittene Kupfermine Tía María einen sich anbahnenden Aufstand der südlichen Regionen gegen die Zentralregierung. Der Regionalgouverneur von Arequipa, Elmer Cáceres Llica, macht Präsident Vizcarra für die zu erwarteten Toten verantwortlich. Acht Regionalgouverneure haben eine Erklärung gegen Tía María unterzeichnet und Vizcarra sah sich gezwungen, in die Region zu reisen, aus der er selbst stammt. Ein befriedigendes Ergebnis der Gespräche liegt bislang nicht vor.

Vorgezogene Neuwahlen können die Parteienlandschaft durcheinanderwirbeln und möglicherweise den alten Fujiaprisma parlamentarisch hinwegfegen. Eine Garantie dafür gibt es nicht. Die große Mehrheit der aussichtsreichen Parteien vertritt sozial-ökonomisch eher eine liberale oder neoliberale Politik.

Im Verlauf des letzten Jahres hatte der Frente Amplio drei Initiativen zur Auflösung des Kongresses gestartet. Vizcarra hat nun diesen Schritt selbst vollzogen. Doch Neuwahlen allein sind allerdings keine echte Alternative. Die Linke wird sich für die Einrichtung einer Verfassungsgebenden Versammlung einsetzen, um strukturelle Veränderungen zu ermöglichen, die die Einbeziehung der Mehrheit der Bevölkerung in alle Entscheidungsprozesse und die Beseitigung der nach wie vor extremen Ungleichheiten ermöglichen soll.

Zum Schluss noch ein ermutigender Blick auf Peru : Wie diszipliniert, kooperativ, organisiert und falls erforderlich, improvisierend die Menschen in Peru sein können – wenn man sie lässt – führen uns die Auftaktveranstaltung und die Durchführung der Panamerikanischen Spiele in Lima beindruckend vor Augen. Ob man nun solche kostspieligen Megaevents befürwortet oder nicht und ob sie den eigenen Geschmack treffen oder nicht, die ausgesprochen erfolgreiche Durchführung dieses Events beleuchtet das große kreative und organisatorische Potential, dass allen Unkenrufen zum Trotz in der peruanischen Gesellschaft schlummert. Musste mal gesagt werden. <https://www.youtube.com/watch?v=9bMAOr6TqLw>

*Andreas Baumgart ( 01. August 2019, aktualisiert am 29. August 2019)*

## 4. Ex-Präsident Toledo in den USA festgenommen

„Das ist eine gute Woche für uns Peruaner!“ rief Caleb Cabello (Asháninka-Peru) den jungen Leuten in seinem Grußwort anlässlich der Fridays for Future am 19. Juli in München zu. „Unser Ex-Präsident Alejandro Toledo wurde in den USA festgenommen.“

Warum die Freude?

Ex-Präsident Toledo (2001-2006) wird beschuldigt, für den Bau der Interozeanischen Straße (Teil des IIRSA-Projekts zur Erschließung des Amazonasgebietes), unter anderem auch durch den peruanischen Regenwald, von dem brasilianischen Bauunternehmen hohe Bestechungsgelder angenommen zu haben. und ist vor der peruanischen Justiz, mit seiner Frau Eliane Karp, in die USA geflüchtet. Bisher wurde geschätzt, dass er mit 26 Millionen Dollar geflüchtet ist. Jetzt hat sein Vertrauter, Josef Maiman, gestanden, dass er für Toledo 36 Millionen Dollar von Odebrecht erhalten hat. Seit 2017 forderte die peruanische Staatsanwaltschaft von den US-Behörden die Auslieferung Toledos nach Peru. Am 16. Juli 2019 wurde Toledo in den USA festgenommen.

In den bisherigen Verhandlungen mit den peruanischen Ermittlungsrichtern haben die Odebrecht-Verantwortlichen zugestanden, für vier Großprojekte Schmiergelder bezahlt zu haben, um den Zuschlag zu bekommen. Jetzt zeigen die neuen [Untersuchungen](#), dass es sich um mindestens zwölf Großprojekte handelt, die in Peru mit Korruptionsgeldern „gepflastert“ wurden. Es handelt sich um die Erdgasleitung aus dem südlichen Regenwald (Gaseoducto Camisea); das Staudammprojekt Chavimochic (das große Bewässerungsprojekt in der nördlichen trockenen Wüste, wo hauptsächlich

landwirtschaftliche Produkte für den Export angebaut werden), ein Straßenbauprojekt in Cusco; ein Bewässerungsprojekt H2OImos (Nordküste), die Interozeanische Straße; diverse Autobahnen in Lima; eine Schnellstraße an der Küste von Lima zur Hafenstadt Callao, den „tren eléctrico“ in Lima; die Straße von Charcas nach Carhuaz (Anden) und das Straßenbauprojekt Corredor Vial Hualapampa – Vado Grande.

Odebrecht einigte sich mit der peruanischen Regierung, für die bis dato vier verhandelten Großprojekte, insgesamt eine Reparationszahlung von 610 Millionen Soles (ca. 320 Millionen Dollar) zu zahlen. Dafür wurde das Gesetz 60737 verabschiedet. Die erste Rate von 80 Millionen begleicht Odebrecht, indem der von ihnen gebaute Staudamm Chaglla (Nord-Anden) verkauft wird. Auch die Rechte an den Mautgebühren der neuen, von Odebrecht gebauten Straßen wurden inzwischen verkauft.

Nicht so intensiv wie in Brasilien oder Peru geht die Aufarbeitung zum Beispiel in Kolumbien oder Mexiko voran. In Kolumbien geht es um die Korruption beim Bau der Autobahn „Del Sol“. In Mexiko ist zum Beispiel der Wirtschaftsboss Emilio Lozoya im Blick der Justiz. In der Süddeutschen Zeitung vom 22. Juli wird berichtet, dass dessen Mutter auf Juist verhaftet wurde und seine Frau Marielle Eckes wie er auch abgetaucht sei. Sie ist eine Verwandte der Unternehmensgründer Eckes-Granini (Nieder-Olm in Rheinland-Pfalz). Wegen Lozoyas Verbindungen in die Schweiz suchen Zielfahnder auch dort.

Damit ist die Aufarbeitung der Korruption nicht beendet. Wir werden, wenn sich wichtige neue Informationen ergeben, darüber in den InfoPeru berichten.

Heinz Schulze

## **5. Irrweg oder überflüssig ? Streit um Wasserstrassen im Amazonasgebiet**

*Der peruanische Staat will die Flüsse Huallaga, Marañón, Amazonas und Ucayali ausbaggern und damit durchgängig schiffbar machen. Die indigene und örtliche Bevölkerung, ebenso wie Menschenrechts- und Umweltschutzorganisationen sind darüber sehr beunruhigt. Das Thema war auch an der Bonner Weltklimakonferenz im Juni präsent.*

Das Projekt gehört zu den länderübergreifenden Maßnahmen des Infrastrukturprojektes IIRSA. Es betrifft in Peru die Regionen Loreto und Ucayali und sieht vor, die Flüsse um 2,44 m und den Zugang zum Hafen von Iquitos um 3,35 m zu vertiefen, um sie für Schiffe mit großem Tiefgang schiffbar zu machen, und so Waren von Brasilien an die Pazifikküste zu befördern.

Insbesondere sind einige sog. „malos pasos“, besonders kritische Projektabschnitte wie Stromschnellen usw. definiert worden, an denen der Aushub besonders grundlegend eingreifen wird. Doch grundsätzlich sind die geplanten Ausbaggerungen und Fahrbahnvertiefungen, für die das Ministerium für Transport und Kommunikation (*MTC Ministerio de Transporte y Comunicación*) zuständig ist, als schwerwiegende Eingriffe in die Wasserwege und den damit

verbundenen Wasserhaushalt der Region und überregional, in die Flora und Fauna Amazoniens und die Lebensweise seiner Bewohner\*innen zu sehen.

Inwiefern?

Dazu hat der Dachverband der indigenen Organisationen Amazoniens, AIDSESEP, am 18. Juni in Bonn im Gustav-Stresemann-Institut in Zusammenarbeit mit der Wildlife Conservation Society und INFOE e.V. zwei Informationsveranstaltungen durchgeführt und auf den SBSTA Meetings (*Subsidiary Body for Scientific and Technical Advice der UN-Klimawandelkonferenz*) im World Conference Centre, welche die UN-Klimaverhandlungen (COPs) vorbereiten, am 19. und 20. Juni Pressekonferenzen gehalten:

- *Die Auswirkungen des Aushubs auf weiten Strecken sind grundsätzlich noch nicht einmal abzusehen.*

Die der Behörde für die Zertifizierung nachhaltiger Investitionen (*SENACE, Servicio Nacional de Certificación Ambiental para las Inversiones Sostenibles*) vorliegende Umweltverträglichkeitsstudie wurde überstürzt ohne Daten aus einem technischen Rahmenplan – den es noch nicht gibt – durchgeführt, und enthält keine langfristigen Beobachtungen des Fließverhaltens der Flüsse und Projektionen, wie sie für ein Projekt solchen Ausmaßes und mit einer möglichen Dauer von 20 oder gar 40 Jahren notwendig wären. Sie geht auf viele der besonderen naturräumlichen Bedingungen nicht ein und verwendet unkritisch Messgrößen und Standards zum Beispiel zur Berechnung der möglicherweise freigesetzten toxischen Sedimente aus dem Nachbarland Brasilien.

- *Amazoniens Wassersysteme, die Flüsse, Lagunen, zeitweise überfluteten Gebiete usw. sind eng miteinander verwoben und hängen voneinander ab, ebenso ist die Flora und Fauna der Wälder untrennbar mit den Flüssen verbunden. Die Flüsse transportieren z.B. auch Samen der Pflanzen. Die Menschen in Amazonien ernähren sich vom Fischfang und Produkten aus den Wäldern sowie Anbauflächen im Wald und an den Flussufern (chacras).*
- *Wanderungsbewegungen (mijanos) der Fischpopulationen, wie auch die der diese jagenden Tiere, können durch die Arbeiten im Fluss empfindlich gestört werden.*

Seichte Uferbereiche, zeitweilig überflutete Gebiete sind die Kinderstube vieler Fisch- und Tierarten, die sich wiederum von aus den Wäldern eingetragenen Materialien (z.B. Totholz, *quiruma*) ernähren. Wer hier eingreift und Uferzonen usw. zerstört, kann Schäden anrichten, die in ihren Dimensionen überhaupt noch nicht absehbar sind.

- *Amazoniens Wassersysteme sind ständig Veränderungen in der Laufbahn und Wassermenge unterworfen.*

Aus Anlandungen entstehen Uferzonen und Inseln mit besonderer Flora und Fauna und Funktion. Zeitweise überschwemmte Flächen vernetzen verschiedene Biotope miteinander.

Ausbaggerungen verändern das Strömungsverhalten und ganze Inseln würden für das Streamlinien der Fahrinne vernichtet. Wie Rusbel Casternoque vom Volk der Kukama in einem [Interview](#) erläutert, entstehen solche und wachsen solche Inseln auch durch die im Uferbereich siedelnden Tiere wie Süßwasserrochen und Boa. Wenn diese, gestört durch Ausbaggerungen, den Lärm, die Vernichtung der Inseln abwandern, wird den empfindlichen Ökosystemen noch auf eine weitere Weise buchstäblich der Grund entzogen.

- *Die Ernährungssicherheit der indigenen und lokalen Bevölkerung ist also in Gefahr.*



Kölns Bürgermeister und Vorstand des Klima-Bündnisses Andreas Wolter, Thomas Brose, GF Klima-Bündnis, Richard Rubio, Vizepräsident AIDSESEP, Mariana Montoya, Wildlife Conservation Society beim Event zum Thema Hidrovía am 18.06.2019 im Gustav-Stresemann-Institut in Bonn. Foto: Isabel Martinez

Richard Rubio, Vize-Präsident AIDSESEPs und von den Kichwa aus der Region Loreto und Mariana Montoya, Direktorin der WCS sowie Jorge Agurto von SERVINDI führten die Probleme, Gefahren, Sorgen und v.a. Unwägbarkeiten vor Augen. Mit ihnen saßen der Präsident des Klima-Bündnisses und Kölner Bürgermeister Andreas Wolter sowie Thomas Brose, der Geschäftsführer des Klima-Bündnisses auf dem Podium. Sie erklärten ihre Unterstützung für die Forderungen der indigenen Verbände. Die Stadt Köln ist 2017 eine vom Programm der Servicestelle Kommunen in der Einen Welt (SKEW) geförderte Klimapartnerschaft mit der Stadt Yarinacocha am Ucayali eingegangen, der von den Wasserbaumaßnahmen im Rahmen des Hidrovía-Projektes betroffen wäre.

- Die Veranstaltung wurde auch von Repräsentanten der COICA, des Dachverbands der indigenen Organisationen der 9 Amazonas-Anrainerstaaten sowie der *Municipalidad Distrital de Yaquerana*, Loreto besucht. In der Pause zwischen den Veranstaltungen im Gustav-Stresemann-Institut konnten Gespräche mit zwei Repräsentantinnen des peruanischen Umweltministeriums (*MINAM*) geführt werden, die der Delegation zu den SBSTA-Meetings angehörten und die Abendveranstaltung besuchten. Peru hat im Rahmen der internationalen Klimaverhandlungen die Bedeutung des Waldklimaschutzes unterstrichen und ist in seinen nationalen Beiträgen (*national determined contributions*) im Rahmen der Klimaschutzkonvention Verpflichtungen zum Erhalt des Waldes und Reduzierung der CO<sub>2</sub>-Emissionen eingegangen, die das Hidrovía-Projekt äußerst negativ beeinflussen kann.

Weitere schwerwiegende Kritikpunkte an dem Großprojekt sind:

- *spirituelle Vorstellungen, Kosmvisionen der in Amazonien lebenden Völker werden völlig außer Acht gelassen, heilige Orte nicht respektiert.*

Alles ist belebt, verschiedene Welten existieren nebeneinander und stehen in Verbindung. Die Tiefen der Gewässer sind z.B. die Bereiche, die Wohnstätte, der Vorfahren. Die Shipibo, die u.a. am Ucayali leben, erzählte die Shipibo-Künstlerin Miriam Soria Gonzales bei ihrem Besuch in Köln im Dezember 2017, gehen davon aus, dass die in den Tiefen der Gewässer lebende Boa alle Tiere mitnimmt, wenn das Gleichgewicht der Natur gestört ist.

- 2015 wurde eine, in Peru gesetzlich vorgeschriebene, vorherige Konsultation der indigenen Gemeinschaften durchgeführt, bei der 70 Vereinbarungen getroffen wurden.

Darunter z.B. die Verbesserung der gesetzlichen Regulierungen betreffend den Schiffverkehr, einschließlich der Strafen bei Verstößen gegen die Umweltauflagen, zur Verbesserung der Sicherheit usw. – doch bis jetzt ist dahingehend nichts geschehen.



Wandmalerei in Radio Ucamara in Nauta/Loreto. Foto: Hildegard Willer

Von fundamentaler Bedeutung für die indigenen Gemeinschaften und die Gestaltung des Projektes wäre auch die vereinbarte Einbeziehung der Träger traditionellen Wissens, der *sabios*. Doch diese und die indigenen Verbände beklagen, dass sie lediglich schmückendes Beiwerk bei Versammlungen sind. Dass die Dokumente der Unternehmen ein alarmierendes Unwissen hinsichtlich der indigenen Kosmvisionen und des traditionellen Wissens und damit auch der natürlichen Gegebenheiten ausweisen.

Traditionelles Wissen soll jedoch aus gutem Grund und verbrieft Weise auf der Ebene der Maßnahmen des Weltklimaschutzes im Rahmen der Klimakonvention berücksichtigt werden, damit Projekte und Maßnahmen nicht an den örtlichen Gegebenheiten vorbei planen bzw. diese übersehen.

Die warnenden Stimmen der indigenen Gemeinschaften und RepräsentantInnen werden aber in den Wind geschlagen. Dabei

- stimmen auch die ökonomischen Argumente für die Durchführung des Hidrovía-Projektes nicht:

Die Machbarkeitsstudie aus dem Jahr 2012 soll anführen, dass geplant ist, dass 15 % des Verkehrs über den Hidrovía dem Transport von Soja aus Brasilien dienen soll. Jedoch sagt die Studie auch aus, dass die Veränderung des Transportweges zum Hidrovía einen 50prozentigen Anstieg bei den Kosten bedeuten würde. Die großen Schiffe aus Brasilien benötigen eine Fahrrinntiefe von 3,5 m, während der Hidrovía nur auf 2,4 m vertieft würde.

Nur wenige Arbeitsplätze würden aufgrund der Projektdurchführung entstehen: das von AIDSESEP zur Verfügung gestellte Infoblatt nennt eine Zahl von 30 Stellen für örtliche Arbeitsplätze und 184 Arbeitsplätze für ausländische Fachkräfte im Rahmen der Projektausführung.

Mit dem *Hidrovía* sollen die Anrainerdörfer über bessere Verkehrsverbindungen mit schnelleren Booten verfügen. Schnellere Boote werden jedoch nicht überall anlegen, eher sind größere Distanzen zwischen den einzelnen Anlegeplätzen zu erwarten. Außerdem würden sich die Transportkosten und die Infrastrukturkosten (Anlegestellen) erhöhen. Die indigenen Verbände weisen in dem oben erwähnten Artikel von Servindi ausdrücklich darauf hin, dass es fehlerhaft ist

anzunehmen, bei Amazonien handele es sich um einen nicht untereinander und mit der Außenwelt verbundenen Raum. Im Gegenteil, es handelt sich um einen entlegenen Raum, aber es hat immer Austauschbeziehungen gegeben.

- *Es wird befürchtet, dass sich die Korruptionsfälle und Skandale wie beim Bau der Interoceánica Sur wiederholen: übersteigerte Erwartungen und Projektionen bezüglich des outcoms des Projektes, Nachbesserungen, zusätzliche Kosten usw.*

Die indigenen Verbände ersuchen die deutsche Regierung, die deutsche Öffentlichkeit sowie nationale und internationalen Menschenrechts- und Naturschutzorganisationen um Unterstützung ihrer Forderungen und alternativen Vorschläge:

- eine sachliche nationale und internationale Debatte und Berücksichtigung der möglichen Schäden, Abwägung der Kosten und des Nutzens des Projektes auch auf Basis seriöser technischer Rahmenpläne, welche aufgrund der angeführten Gefahren zu dem Schluss kommen muss, dass das Projekt zu verwerfen ist;
- Förderung und/oder Entwicklung alternativer Verbesserungsmaßnahmen für die Verkehrssituation auf den Flüssen Amazoniens: insbesondere erhöhte Verkehrssicherheit, verbesserte Häfen, Entwicklung geeigneter, an dem Raum angepasster Verkehrsmittel bzw. Verbesserung der vorhandenen Flotte, für die Bevölkerung bezahlbare Boote und Bootspassagen usw., jedoch kein Netz von Straßensystemen, das auch in fragile Bereiche eindringen würde;
- Einberufung von Versammlungen der mehr als 400 direkt betroffenen *comunidades*, um eine echte Partizipation zu gewährleisten.

Am 22. Juni 2019 hat ORPIO, Mitgliedsverband von AIDSESEP aus Loreto, nach einem Treffen mit dem peruanischen Transport- und Kommunikationsministerium (MTC) am 21. Juni erneut gefordert, dass die Nichtmachbarkeit des Projekts erklärt wird. Das MTC hatte zuvor ausgeführt, dass sich das peruanische Hidrovía-Projekt von dem auf brasilianischer Seite u.a. darin unterscheiden soll, dass erwogen wird, es für bereits auf den Flüssen verkehrende Schiffe durchzuführen. Dann wäre das Ausbaggern erst recht [überflüssig](#).

Nun haben am 22. Juli 2019 mehr als 30 *comunidades* der Shipibo Conibo, mit ihren Verbänden FECONAU und COSHICOX zusammen mit dem Regionalverband ORAU und AIDSESEP die Forderungen [bekräftigt](#) und sich mit ihren Forderungen auch konkret an die deutsche Regierung gewendet: Wenn sie es ernst meint mit dem Schutz der *Reserva Nacional Pacaya Samiria*, die im Projektgebiet dort liegt, wo Ucayali und Marañón ineinander fließen und der gemeinsamen Absichtserklärung mit Peru und Norwegen aus 2014 zum Waldklimaschutz und Stopp der Entwaldung, möge sie ihren Einfluss geltend machen.

Gleichermaßen soll die Regierung der Niederlande auf das niederländische Unternehmen *Royal Haskoning* einwirken, welches wohl mit dem chinesischen Konsortium *Cohidro* an dem Projekt beteiligt ist, nicht die technischen Grundlagen für die Zerstörung der Wassersysteme, Flora und Fauna und der indigenen Gemeinschaften zu liefern.

*Elke Falley-Rothkopf*

*Quellen / weiterführende links, sofern nicht im Text gesondert aufgeführt:*

- *Infoblatt AIDSESEP anlässlich der Veranstaltungen am 18.06.2019 im GSI, Bonn sowie der Pressekonferenzen auf den UN SBSTA-Meetings am 19. und 20.06.2019 (zusätzlich Video-*

*Aufzeichnungen der Pressekonferenzen auf der website des UNFCCC), Bezug Infoblatt in Deutschland über INFOE e.V.: elke@infoe.de*

- *Erklärung AIDESEPs anlässlich der Veranstaltungen am 18.06.2019 im GSI, Bonn sowie der Pressekonferenzen auf den UN SBSTA-Meetings am 19. und 20.06.2019: „Aidesepe y los pueblos indígenas de Loreto y Ucayali exigimos se declare inviable la Hidrovía Amazónica y denunciemos la continua vulneración de derechos indígenas y ambientales“; Bezug Erklärung (in spanischer oder englischer Sprache) in Deutschland über INFOE e.V.: elke@infoe.de*
- *Präsentationen von Richard Rubio (AIDESEPE), Mariana Montoya (Wildlife Conservation Society), Jorge Agurto (SERVINDI) vom 18., 19. und 20.06.2019 in Bonn*

## 6. Reportage: Wenn der Regenwald pechschwarz wird

*Im peruanischen Regenwald kommt es immer wieder zu Lecks in einer alten Pipeline. Wer und was steckt dahinter?*



Regenwasser ist nun das einzig verfügbare Wasser

Als Holguín Macedo an jenem 18. Juni zum Fischen ging, sah er, dass eine schwarze, zähflüssige Brühe das Wasser bedeckte, in dem er sein Netz auswerfen wollte. Schnell lief er zurück ins Dorf und schlug Alarm. Die Männer des Dorfes eilten an die Stelle, wo eine Erdöl-Pipeline auf ihrem Gemeindegebiet verläuft und sahen bestätigt, was sie vermutet hatten: Die Pipeline war leck geschlagen. Erdöl war ausgelaufen und bedrohte nun den nahen Bach, aus dem sich Nuevo Progreso mit Wasser versorgt. Die Frauen stellten ihre größten Kochtöpfe ins Freie, um jeden Tropfen Regenwasser aufzufangen. Das Wasser zum Trinken, Kochen und Waschen, das würde nun sehr knapp werden. „Wir können das Wasser nicht mehr zum Kochen und Trinken benutzen und die Fische sind auch verseucht“, klagt Yolanda Unkuncham, eine 58-jährige Dorfbewohnerin.

Seit 42 Jahren transportiert eine Pipeline Erdöl aus dem Herzen des peruanischen Amazonasgebietes an die 1000 Kilometer weiter westlich gelegene Pazifikküste. Genauso lange ist auch die Geschichte ihrer Lecks. 108-mal sei seitdem Erdöl ausgetreten,

vermeldet die Webseite der staatlichen Pipeline-Betreiberin Petroperu. In den letzten fünf Jahren sei es zu 49 Zwischenfällen gekommen, allerdings sei über die Hälfte nicht auf natürliche Ursachen zurückzuführen. Saboteure seien am Werk gewesen, hätten die Pipeline mutwillig zerstört. 29 Mal allein in den letzten fünf Jahren. Auch das neue Leck in Nuevo Progreso sei von Dritten herbeigeführt worden, behauptete Petroperu.



Yolanda Unkuchum bei der Gemeindeversammlung in Nuevo Progreso

„Keines meiner Kinder hat die Pipeline angerührt“, reagiert Yolanda Unkuchum erbost auf die Anschuldigungen von Petroperu. „Das ist nur, weil sie so alt und verrostet ist, und Petroperu sich nicht um die Instandhaltung kümmert“. Häuptling „Apu“ Sabino Escalante, ein drahtiger kleiner Mann mit wachen Augen pflichtet ihr bei. „Aus unserem Dorf war das niemand. Im Gegenteil, wir sind ja die ersten Geschädigten“. Die 164 Einwohner von Nuevo Progreso gehören dem Volk der Awajún an und leben von dem, was der Fluss ihnen an Wasser und Getieren gibt. Andererseits haben sie außer Natur nichts: kein aufbereitetes Trinkwasser, die nächste befahrbare Straße erreicht man erst, wenn man eine Stunde durch Schlamm gewatet und auf Baumstämmen über Flüsse balanciert ist. Handys kann man in Nuevo Progreso nur zum Fotografieren benutzen, weil es kein Netz gibt, und die weit abgelegenen kleinen Felder werfen gerade etwas Yuca und Bananen für den Eigenverbrauch ab. Wenn man nicht nur eintöniges Essen und ein Dach über dem Kopf, sondern auch Geld braucht: dann ist man in Nuevo Progreso wirklich arm dran. In Nuevo Progreso leben die Awajún noch in weiten Teilen so, wie sie vor der Ankunft der Spanier im Land gelebt haben. Gerade mal eine Grundschule zeugt davon, dass es so etwas wie einen peruanischen Staat gibt. Vom Fortschritt, den der Ortsname vollmundig ankündigt (Nuevo Progreso heisst auf deutsch“ Neuer Fortschritt“) ist in Nuevo Progreso nichts zu spüren.



Häuptling „Apu“ Sabino Escalante von Nuevo Progreso



Erdöl fließt in den Bach, aus dem die Bewohner von Nuevo Progreso ihr Wasser holen

Wenn Nuevo Progreso in Kolumbien liegen würde, dann würde hinter der Sabotage wahrscheinlich eine Guerrilla-Gruppe stecken, die damit die Macht des Zentralstaates angreifen will. In anderen Teilen Perus kommt es auch zu Sabotage, weil Erdöl abgezapft wird, um es weiterzuverkaufen. Aber im unzugänglichen Regenwald könnte man das so gestohlene Öl gar nicht abtransportieren. Warum also sollte jemand in Nuevo Progreso mutwillig die Pipeline zerstören und damit die eigene Existenzgrundlage schädigen?

Für Beatriz Alva Hart, bei Petroperu für soziale Unternehmensverantwortung zuständig, ist die Sache klar. „Die Indígenas selber zerstören die Pipeline, um nachher einen Job bei der Sanierung zu bekommen“. Denn die Jobs in der Reinigung und Sanierung von Pipeline-Austritten sind begehrt, seit bei einem Pipeline-Unfall vor 5 Jahren erstmals 150 Soles (rund 40 Euro, das Dreifache eines normalen Tageslohns) für die Arbeiter angeboten wurde. „Sie gaben uns weiße Schutzanzüge und Handschuhe, dann mussten wir ins Wasser steigen und eimerweise das Erdöl heraustragen“, erinnert sich Juan José Huinapi im nahen Saramiriza, als er vor drei Jahren mehrere Monate in der Sanierung eines Lecks arbeitete. „Eine harte Arbeit, aber solch einen gut bezahlten Job habe ich danach nicht mehr gefunden“. Heute, so sagt er, würden angebliche Mittelsmänner bis zu 500 Soles (130 Euro) Schmiergeld kassieren, mit dem Versprechen auf einen der begehrten Jobs. Dennoch hält er es für unmöglich, dass die Anwohner selbst die Pipeline schädigen könnten. „Vor meinem Haus am Fluss ist der ganze Sand bereits voller Erdölschlieren, das kann ich mir doch nicht selber antun wollen“.



Mechanische Barrieren sollen verhindern, dass sich das Erdöl im Fluss ausbreitet

Im Dorf Nuevo Progreso warten die Menschen derweil auf die Fachleute von Petroperu und der Staatsanwaltschaft. Das Misstrauen zwischen dem Dorf und der staatlichen Petroperu ist gross. „Wir wollen dabei sein, wenn Petroperu und der Staatsanwalt die Pipeline aus dem Wasser heben und den Grund für das Leck feststellen“, sagt Apu Sabino Escalanta selbstbewusst. „Wir fordern, dass der Premierminister kommt, und mit uns verhandelt“. Und: „Wir sind jetzt auch dran mit Jobs“. Dass eine staatliche Pipeline auf ihrem Gelände Schaden anrichtet, gibt ihnen Hoffnung, von den Regierungsstellen endlich gehört zu werden. Aber genau daraus könnte dieses Mal nichts werden. Beatriz Alva Hart stellt die neue Strategie von Petroperu vor, die auf eine Form der Kollektivbestrafung setzt: „Wenn der Schaden durch Sabotage Dritter entstanden ist, dann stellen wir keine Arbeiter aus der nächsten Siedlung an und versorgen die Gemeinden auch nicht mit unserer Notfallausrüstung“. Mit dieser Politik der harten Hand, habe sich die Zahl der Sabotageakte bereits verringert. Wenn bei der Ortserkundung Sabotage als Grund für das Leck festgestellt wird, dann würde es also nichts werden mit den Jobs in Nuevo Progreso.

Dabei stehen die Indigenen-Gemeinschaften mit ihren Hilfsjobs am unteren Ende der Kette derjenigen, die von einem Erdölnfall profitieren. Wer vor allem davon profitiert, hat 2017 eine parlamentarische Untersuchungskommission herausgefunden. In ihrem 388 Seiten langen Schlussbericht steht, wie nachlässig Petroperu die Wartung der Pipeline war und wie kleine lokale Firmen mit einem Startkapital von wenigen Tausend Dollar auf einmal Millionenaufträge von Petroperu bekamen, um die vom Erdöl verseuchten Gewässer und Gelände zu sanieren. Es steht der Verdacht im Raum, dass ehemalige Angestellte von Petroperu hinter den neuen Sanierungsfirmen steckten. „Das sind Subunternehmer gewesen, auf die wir keinen Einfluss hatten“, verteidigt sich Beatriz Alva Hart. Inzwischen würden nur mehr renommierte Firmen nach einem Bietungsverfahren an die Sanierungsaufträge kommen.

Aber selbst der Präsident von Petroperu, Carlos Paredes, gibt zu, dass die Institution ein Problem mit interner Korruption hat. Der anerkannte Finanzfachmann ist erst seit wenigen Monaten im Amt und es fällt ihm nicht leicht, das marode Staatsunternehmen zu verteidigen.

Denn wenn es allein nach wirtschaftlichen Gesichtspunkten ginge, wäre im peruanischen Amazonasgebiet nie Erdöl gefördert worden. Geopolitische Gründe waren ausschlaggebend, als die linksnationalistische Militärdiktatur unter General Velasco 1969 Petroperu ins Leben rief und den Pipeline-Bau quer durch den peruanischen Regenwald in Angriff nahm. Es galt Stellung zu beziehen, gegen den nördlichen Nachbarn Ecuador, mit dem es immer wieder zu Grenzstreitigkeiten gekommen war. Dabei konnte es Peru nie mit den großen Erdölproduzenten Venezuela, Mexico oder Ecuador aufnehmen und die wirtschaftliche Bedeutung sank spätestens seit den 2000er Jahren, als der Bergbau zum wichtigsten Produktionszweig Perus wurde. Dennoch gilt bis heute die Ideologie der Energie-Souveränität als unantastbar: Peru soll sein eigenes Erdöl produzieren. Ganz egal wie teuer oder wie umweltschädlich es ist. Und teuer ist es in der Tat. In der Betriebsrechnung von Petroperu haben die Pipeline-Unfälle große Spuren hinterlassen. 210 Millionen Soles (55 Mio Euro) habe das Unternehmen seit 2014 in Aufräum- und Sanierungsarbeiten nach Schäden an der Pipeline gesteckt, sagt Carlos Paredes. Ausserdem wird im Amazonasgebiet zu wenig Öl gefördert, als dass die Pipeline rentabel ist. „Wir machen einen Verlust von 20 Millionen US-Dollar jährlich“, gibt Paredes zu. Und hier sind die externen Kosten für die aufwändige Restaurierung der beschädigten Umwelt noch gar nicht eingerechnet.

„Wenn der peruanische Staat sich nicht massiv für mehr Erdöl-Ausbeutung im Amazonasgebiet einsetzt, damit die Pipeline rentiert, dann sollte er dort vielleicht etwas anderes machen“, wirft der Wirtschaftsfachmann Paredes in den Raum und könnte damit eine neue Diskussion über die Erdölförderung auslösen.



Vertreter verschiedener Indigenen-Verbände besetzen die Erdöl-Pumpstation Nr 6, um von der Regierung Entschädigung zu fordern.

Denn Stimmen, die den Stopp der Erdölproduktion im peruanischen Regenwald fordern, sind in Peru noch rar. Die Vertreter der Indigenenverbände gehören dazu. Sie möchten, dass der Staat, statt in Erdöl zu investieren, das Geld den indigenen Völkern direkt zur Verfügung stellt für Investitionen in ihren Gebieten. Und sie für den Schaden der nun 50-jährigen Erdölausbeutung entschädigt. Momentan laufen dazu die Verhandlungen zwischen den Vertretern mehrere Indigenen-Verbände und dem peruanischen Premierminister.

In Nuevo Progreso war es am 23. Juli endlich soweit. Staatsanwaltschaft und Vertreter von Petroperu haben unter Beisein der gesamten Dorfbewohner die Pipeline aus dem Wasser gehoben, um den Grund für das Leck festzustellen. Noch steht das offizielle Gutachten aus, aber auf den Fotos ist eindeutig zu erkennen, dass ein Loch in die Pipeline gesägt wurde.

Nach langen Verhandlungen hat das Dorf in die Auswahl der Firma eingewilligt, die die Aufräumarbeiten leitet. Jobs beim Abtragen des Erdöls wird es, laut Beatriz Alva Hart, für die Bewohner von Nuevo Progreso dabei nicht geben. Aber dafür eine Alternative zu den gesundheitsschädlichen Sanierungsjobs:

Petroperu hat inzwischen damit begonnen, indigene Gemeinden für die Bewachung und Instandhaltung der Pipeline zu bezahlen. Damit niemand mehr zur Säge greifen und seine Umwelt zerstören muss, um sich einen Job und Gehör zu verschaffen.

Wer die Pipeline in Nuevo Saposoa angesägt hat, bleibt weiterhin ein Rätsel. Die Staatsanwaltschaft ermittelt gegen Unbekannt.

Der Bericht der parlamentarischen Untersuchungskommission aus dem Jahr 2017 wurde vom Plenum des Kongresses bis heute nicht verhandelt.

*Text und Fotos: Hildegard Willer*

*Die Recherche für diese Reportage wurde ermöglicht durch das von Caritas International und der Weltkirche Freiburg geförderte Amazonas-Projekt der Infostelle.*

## **7. Die stillen Opfer werden laut**

*Unter der Regierung des früheren Präsidenten Alberto Fujimori wurden in den späten 90er Jahren schätzungsweise 300.000 Frauen und 20.000 Männer in Peru zwangssterilisiert. Bis heute kämpfen die Opfer für die Aufarbeitung dieser Verbrechen.*

Eines Tages standen zwei Krankenschwestern vor dem Haus von Rute Zúñiga Caceres. Sie müsse unbedingt ins Gesundheitszentrum kommen, sagten sie der jungen Frau, sonst könne ihr neugeborenes Baby nicht registriert werden. Sie ging mit ihnen. Im Zentrum in Anta bei Cusco angekommen, haben sie dort drei weitere Krankenschwestern und ein Arzt erwartet. Sie hielten Caceres fest, fesselten sie an Händen und Füßen und sterilisierten sie – ohne zu fragen, ohne Narkose und ohne Nachbehandlung. Das war im Jahr 1997.

Rute Zúñiga Caceres war nicht die Einzige, die man dieser brutalen Prozedur unterzog. Unter der Regierung von Alberto Fujimori wurden in den späten 90er Jahren laut Schätzungen rund 300.000 Frauen und 20.000 Männer gegen ihren Willen unfruchtbar gemacht. Bis heute warten sie auf eine Entschädigung.

Caceres ist mittlerweile Präsidentin einer Organisation von zwangssterilisierten Frauen, die sich für die Rechte und Entschädigung der Betroffenen einsetzt. 2015 wurde ihr und 30 weiteren Betroffenen, die sich in der Organisation engagieren, der peruanische Menschenrechtspreis verliehen. „Heute berichten wir darüber, was uns angetan wurde“, sagte die Frau mit den langen schwarzen Zöpfen und dem Filzhut, wie sie Frauen im Hochland tragen, in ihrer Dankesrede. „Wir haben keine Angst mehr.“

Das, was sich zwischen 1995 und 2001 in Perus Gesundheitszentren abspielte, bezeichnet Amnesty International als eines der schlimmsten Menschenrechtsverbrechen Amerikas. Für den damaligen Präsidenten war die grausame Form der Geburtenkontrolle ein systematisches und notwendiges Instrument zur Bekämpfung von Armut. Der „Club of Rome“, der sich mit Fragen zum Bevölkerungswachstum und nachhaltiger Entwicklung beschäftigt, hatte zuvor vor einer Bevölkerungsexplosion gewarnt.

Nach dem langen Bürgerkrieg wollte Alberto Fujimori, der damalige Präsident, das Land einen Wachstumsschub verleihen und gleichzeitig die Armut verringern. Dafür ließ er das im katholischen Peru lange Zeit geltende Verbot von Sterilisierungen aufheben und initiierte das sogenannte „Programm für reproduktive Gesundheit und Familienplanung“. Demnach sollte die Anzahl der Kinder pro Frau landesweit von durchschnittlich 3,6 auf 2,5 Kinder gesenkt werden.

Rute Zúñiga Caceres ist eine der vielen Frauen, die gegen ihren Willen sterilisiert wurden (Foto: Luis Enrique Becerra / SER).

Als Fujimori sein Familienplanungsprogramm öffentlich vorstellte, pries er die Sterilisation von Männern und Frauen als freiwillige empfängnisverhütende Methode, von der vor allem die arme Bevölkerungsschicht profitieren werde. Er stieß damit auf große Zustimmung: Politikerinnen und Frauenrechtlerinnen freuten sich, dass ihre aus bescheidenen Verhältnissen stammenden Geschlechtsgenossinnen kostenlosen Zugang zu dieser Methode erhielten. Der internationale Währungsfonds, die Weltbank und die Hilfsorganisation US-Aid finanzierten die Kampagne am Anfang.

„Niemand konnte damals ahnen, welche Absicht Fujimori hatte“, sagt Ana María Vidal, Direktorin der nationalen Menschenrechtskoordination, die mit den Betroffenen zusammenarbeitet. „Denn die Sterilisationen waren alles andere als freiwillig.“ Unter falschen Versprechungen, Lügen, Androhungen und manchmal mit roher Gewalt seien die Frauen und Männer aus ihren Dörfern in die Gesundheitszentren gebracht und dort gegen ihren Willen unfruchtbar gemacht worden. Die Zwangssterilisierungen trafen vor allem indigene Frauen zwischen 20 und 40 Jahren, die bereits Kinder hatten und in abgeschiedenen Regionen im Andenhochland und im Regenwald lebten.

„Dumme Gebärmaschinen“

Der Umgang mit den Frauen sei menschenverachtend gewesen, sagt Caceres, die mittlerweile Tausende von Geschichten gehört hat, die ihrer eigenen ähneln. Die damals 23-jährige Sabina Huilca zum Beispiel sterilisierte man ohne ihr Wissen nach der Geburt ihres vierten Kindes, einer lang ersehnten Tochter. Sie müsse ins Krankenhaus kommen und gereinigt werden, hatte ihr der Arzt gesagt, der kurz nach der Geburt vor ihrer Tür stand. Die Familie verstand nicht, warum eine Reinigung notwendig sei, folgte aber der Anweisung. Als Sabina Huilca im Krankenhaus aus der Narkose aufwachte, war der Arzt noch dabei, ihr den Bauch zuzunähen. „Damit du nicht mehr wie ein Meerschweinchen gebärst“, antwortete ihr eine Krankenschwester Stunden später auf die Frage, was ihr angetan worden sei.

Politiker\*innen und Gesundheitspersonal beschimpften die Frauen, die meist Analphabetinnen waren und aus einfachen Verhältnissen kamen, öffentlich und persönlich als „dumme Gebärmaschinen.“ Etliche Frauen waren bei der Sterilisierung schwanger, erlitten Fehlgeburten oder bekamen ihr Baby nach der Geburt nicht mehr zu Gesicht. Mindestens 18 Frauen starben direkt an den Folgen der Sterilisierung, Tausende leiden bis heute unter den gesundheitlichen Komplikationen der ambulanten Eingriffe, die unter miserablen hygienischen Bedingungen stattfanden.

Als Randgruppe der peruanischen Gesellschaft – Frauen, indigen, Quechua sprechend – wurden sie sogenannte stille Opfer, vom Staat diskriminiert und von ihren Ehemännern und Gemeinden verstoßen, weil sie in der patriarchalischen Gesellschaft der Anden als Frau, die keine Kinder bekommen und nicht arbeiten kann, als nutzlos galten. Sabina Huilca beispielsweise wurde nach dem Eingriff schwer krank. Die Wunde infizierte sich, die Schmerzen im Unterleib seien unerträglich gewesen, erzählt die heute 41-Jährige. Feldarbeit habe sie keine mehr leisten können. „Für unser Familienleben wurde das zu einer großen Belastung.“ Ihr Mann habe immer häufiger zum Alkohol gegriffen.

Die indigene Menschenrechtsaktivistin und spätere Politikerin Hilaria Supa Huamán wohnte damals in der Nähe der Huilcas. Ihr fiel der schlechte Gesundheitszustand ihrer Nachbarin auf. „Du musst reden, Sabina, du bist nicht das einzige Opfer“, sagte sie der jungen Frau, die schließlich einwilligte, ihre Geschichte öffentlich zu machen. Bereits ab 1997 sammelte Supa, damals Anführerin einer indigenen Bauernbewegung, Aussagen von Betroffenen in Quechua und ließ diese der peruanischen Rechtsanwältin Guilia Tamayo zukommen.

Sterilisierungsquoten mussten erfüllt werden

Tamayo war eine der ersten, die die Zwangssterilisierungen als Verbrechen gegen die Menschlichkeit öffentlich anprangerte. In ihrem Bericht „Nada Personal“, zu Deutsch „Nichts Persönliches“, beschrieb sie die haarsträubenden Methoden des vermeintlich

menschenfreundlichen Programms. Nach der Veröffentlichung des Berichts 1998 bekam sie immer wieder Morddrohungen und ging schließlich ins Exil nach Spanien.

Die Eingriffe, schrieb Tamayo damals, fanden zu mehr als 90 Prozent unter Zwang oder durch betrügerische Beratungen statt. Um die Kosten niedrig zu halten, wurden Narkosemittel aus der Tiermedizin eingesetzt. Oftmals nahmen Krankenschwestern oder Studierende der Medizin die Eingriffe vor. Gleichzeitig legte die Regierung den Gesundheitszentren und deren Personal Sterilisierungsquoten auf. Der Präsident sei persönlich jeden Monat von den Dienststellen der Gesundheitsminister über die Zahl der Sterilisierungen informiert worden. Wurden die Quoten nicht erfüllt, drohte dem Personal die Kündigung. Für jede Sterilisierung gab es eine Belohnung zwischen vier und zehn US-Dollar.

Nach der Publikation von Tamayos Bericht gab es erste Untersuchungen. Die Entwicklungsgelder aus den USA, die das Familienplanungsprogramm bis dato unterstützt hatten, wurden eingestellt. Zunächst stritt die Regierung Fujimoris jegliche Verantwortung für die Sterilisierungen ab, aber als die finanzielle Hilfe auch von anderen Organisationen ausblieb, nahm die Regierung schließlich Abstand von ihrem Quotensystem und zuletzt auch von ihrem Sterilisierungsprogramm.

Ana María Vidal, Leiterin der Nationalen Menschenrechtskommission, unterstützt die Frauen in ihrem Kampf für Gerechtigkeit (Foto: Eva Tempelmann).

Ein Verband, der mehr als 7.000 offiziell registrierte Opfer vertritt, strebt seit Jahren eine Klage gegen Fujimori und seine damaligen Gesundheitsminister an. Doch der Ex-Präsident floh im Jahr 2000 wegen eines Korruptionsskandals nach Japan und legte von dort aus sein Amt nieder. 2009 wurde er wegen mehrerer Menschenrechtsverletzungen und Korruption zu 25 Jahren Haft verurteilt. Alle bisherigen Anläufe, Fujimori zu den Sterilisierungen juristisch zu belangen, blieben jedoch erfolglos.

Die Staatsanwaltschaft lehnte die Klage des Verbandes wegen vermeintlich fehlender Beweise immer wieder ab. Dabei liegen den Jurist\*innen 200 Bände mit Anklageschriften und Indizien liegen vor. Einige wenige Ärzte haben sich zuletzt sogar getraut, auszusagen, dass die Sterilisierungen politisch angeordnet wurden. Die vielen Männer, die damals ebenfalls sterilisiert wurden, halten sich hingegen mit ihren Klagen zurück. „Sie haben zu viel Angst“, glaubt Hilaria Supa.

Neues Gesetz als erster Schritt

Auf nationalen und internationalen Druck hin erließ der damalige Präsident Humala 2015 schließlich ein Gesetz zur Registrierung der betroffenen Frauen. Ana María Vidal, Leiterin der Nationalen Menschenrechtskommission, begrüßte das Gesetz als einen ersten Schritt zu mehr Gerechtigkeit. Aber es greife zu kurz, kritisiert sie, denn es besage nur, dass die Frauen nun gerichtlich Klage gegen den Staat erheben und staatliche Unterstützung für die Anwaltskosten und für psychologische und gesundheitliche Behandlung bekommen könnten. Aber es handele sich um einzelne Verfahren, die mehrere Jahre dauern könnten.

Was immer noch fehle, sei die politische Anerkennung der Massivität der Eingriffe, die systematische Durchführung der Sterilisationen auf Befehl von ganz oben. „Es muss dringend eine Politik für integrale Wiedergutmachung geben“, sagt Vidal. Dazu gehöre, dass die Frauen über ihre Rechte informiert würden und einen Anspruch auf umfassende wirtschaftliche Entschädigung bekämen, auf Umschulung, Einkommensprogramme und eine professionelle ärztliche Behandlung – „und zwar nicht in den Gesundheitszentren, in denen die gleichen Leute sitzen, die damals die grausamen Sterilisierungen durchgeführt haben.“

Auf Drängen nationaler Menschenrechtsorganisationen hat die Staatsanwaltschaft Ende 2018 nun zum ersten Mal Fujimori und drei seiner damaligen Gesundheitsminister für die Zwangssterilisierungen angeklagt. Für die Betroffenen ist das ein weiterer Lichtblick auf ihrem langen Weg zur Gerechtigkeit. „20 Jahre nach diesen Verbrechen warten wir noch immer auf eine Wiedergutmachung dessen, was uns angetan wurde“, sagen Rute Zúñiga Caceres und Sabina Huilca, die sich im Februar 2019 beim nationalen Treffen der Opfer von Zwangssterilisierungen in Lima trafen. Beide haben sich offiziell registrieren lassen und klagen nun gemeinsam gegen die damalige Regierung. Ob sie unter dem aktuellen Präsidenten Martín Vizcarra auf Entschädigung hoffen können, ist bislang unklar.

*Eva Tempelmann*

Der Artikel erschien zuerst in <https://www.deine-korrespondentin.de/die-stillen-opfer-werden-laut/>

## **8. Reihe Amazonas-Synode: „Ich habe die Kraft hier zu leben“**

Im peruanischen Regenwald ist das fromme polnische Mädchen Dominika Szkatula zur feministischen Rebellin innerhalb ihrer Kirche geworden.

Wenn jemand das apostolische Vikariat „San José de Amazonas“, 150 000 km<sup>2</sup> gross, bewohnt von 150 000 Menschen, davon 25% Angehörige neun verschiedener indigener Völker, wie ihre Westentasche kennt, dann ist das ohne Zweifel Dominika Szkatula. Seit nunmehr 37 Jahren ist die gebürtige Polin mit Boot und zu Fuß in ihrem Vikariat unterwegs.



ihre Priester nicht der Kirche unterordnen sollen“. Und warum sollen bei der Eucharistie nicht Tabak, Kokablätter und Ayahuasca statt Wein und Brot geweiht werden?

Im Oktober wird im Vatikan die Amazonas-Synode stattfinden. Dort wird es auch um die Rolle der Frauen in der Kirche Amazoniens gehen. „Hier muss sich unbedingt etwas ändern“, sagt Dominika Szkatula. „Wir Frauen leiten doch bereits Gemeinden, wir haben direkten Kontakt mit den Menschen.“ Ein wenig sei sie auch müde geworden am Machismus der katholischen Kirche, davon, wie die Kirche die Arbeit der Frauen für sich ausnütze. Es fehle noch so viel auf dem Weg zur Gleichberechtigung. Und dennoch ist ihr klar: „Mein Lebensgrund ist hier in der Kirche und im Regenwald.“

*Hildegard Willer*

## **9. 8 Jahre Haft für Regenwald-Frevel**

*Ein Hoffungszeichen für den Regenwald: In Peru wird ein Grossinvestor wegen illegalen Holzschlags und -handels verurteilt.*

Am 25. Juli 2019 schrieb Richter Hesbert Benavente Chorres in Iquitos Geschichte: er verurteilte den Geschäftsführer der Firma Cacao del Perú Norte S.A.C. – heute Tamshi S.A.C. – zu 8 Jahren Gefängnis ohne Bewährung und zur Zahlung einer Entschädigungssumme von umgerechnet 4 Millionen Euro. Drei weitere Angestellte der Firma erhielten eine Freiheitsstrafe von vier Jahren auf Bewährung.

Grund für die hohen Strafen: Die Verurteilten sind verantwortlich für die Abholzung bzw. Zerstörung von 1950 Hektar Regenwald in Tamshiyacu, im Departament Loreto. Es ist die höchste Strafe, die in Peru bisher wegen illegaler Abholzung vergeben wurde.

Die Firma Cacao del Norte S.A.C. ist eine Unternehmung des tschechisch-amerikanischen Investors Dennis Melka. Er hatte jahrelang in Malaysia in Palmölplantagen investiert und war auf der Suche nach neuen Investitionsmöglichkeiten in Peru fündig geworden. Unter Ausnutzung einer Verordnung, die in Peru die Umnutzung von Wald in landwirtschaftliche Fläche in bestimmten Fällen erlaubt, konnte Melka grosse Flächen in Ucayali, Loreto und San Martin aufkaufen, um darauf Palmöl und Kakao anzupflanzen. (InfoPeru berichtete darüber <https://t1p.de/zmkq>)

Seit 2013 lief die Klage gegen Cacao del Norte beim Gericht in Loreto, aber erst letztes Jahr nahm das Verfahren Fahrt auf, als ein neuer Staatsanwalt, Alberto Yusen Caraza, mittels Luft- und Satellitenfotos nachweisen konnte, dass Cacao del Norte nicht nur Bäume gefällt, sondern das Holz auch illegal aus dem Gebiet geschafft hatte.

Erschwerend kam beim Strafmass hinzu, dass die Firma Cacao del Norte die Untersuchungen der Staatsanwaltschaft behinderte, und die Ermittler nicht auf ihr Gelände liessen.

Das Urteil gegen Cacao del Norte ist auf die Hartnäckigkeit und die gute Zusammenarbeit von mehreren NGOs und der Sonderstaatsanwaltschaft für Umweltdelikte zurückzuführen. Cacao del Norte wurde 2014 als Subfirma einer Holding mit Sitz auf den Cayman Islands gegründet und war an der Börse von London notiert. Proteste von Indigenenverbänden erreichten, dass die Londoner Börse das Unternehmen 2017 suspendierte.

Erst im Mai 2019 hat das peruanische Agrarministerium – ein langjähriger Verbündeter der grossen Agrarinvestoren – einen Rückzieher gemacht und die Umweltprüfung des Unternehmens zurückgewiesen.

Zwar ist zu erwarten, dass die Verurteilten nun Berufung einlegen. Nichtsdestoweniger, ist das Urteil gegen Cacao del Norte ein grosser Erfolg für die Bewohner des Regenwaldes, die sich gegen Plantagenwirtschaft wehren und für die Umweltschützer. Und nicht zuletzt ist es ein kleiner Beitrag zum Schutz des Klimas.

*Hildegard Willer*

Ausführliche Infos in spanisch auf <https://es.mongabay.com/2019/07/peru-sentencia-deforestacion-dennis-melka/>

## **10. Hamburg: Korruption und investigativer Journalismus in Peru**

Die Fälle „Lava Jato“ und „Lava Juéz“

Informationsveranstaltung mit Gustavo Gorriti von IDL-Reporteros

Datum: Dienstag, 24. September

Zeit: 19:00 – 21:00 Uhr

Ort: Universität Hamburg, Hauptgebäude, Edmund-Siemers-Allee 1

Raum: Hörsaal K

Sprache: Spanisch mit deutscher Übersetzung

Veranstalter: Informationsstelle Peru e.V., Institut für Romanistik / Lateinamerika-Zentrum der Universität Hamburg / Peru Initiative Hamburg / Lateinamerika-Zentrum der Universität Hamburg / Arbeitsgemeinschaft interkultureller Jugendverbände e.V.

Aus den Redaktionsräumen von IDL-Reporteros, geleitet durch den renommierten Journalisten Gustavo Gorriti, wird ein bedeutender Beitrag zur Korruptionsbekämpfung in Peru geleistet. Gustavo wird in Hamburg sein, wo die „11. Global Investigative Journalism Conference“ stattfindet. Auf ihr wird die bemerkenswerte Arbeit des Journalismus gewürdigt, die unter widrigen und gefährlichen Bedingungen geleistet wird. IDL-Reporteros wurde für den „Global Shining Light Award 2019“ nominiert. Die Nominierung basiert auf der Untersuchungsreihe über die Korruption von Odebrecht in Peru „Lava Jato“ und über die Korruptionsnetzwerke der Justiz „Lava Juez“, an der unter Leitung Gustavo Gorritis die Journalisten Romina Mella, Hernan P. Florindez, Rosa Laura, Margot Desautey, Patricia Mayorga und Cruz Silva gearbeitet haben.

Daher laden die Organisatoren alle interessierten Personen herzlich ein, an einer Veranstaltung mit Gustavo Gorriti teilzunehmen, um über die Korruption und den investigativen Journalismus in Peru zu sprechen, wobei der Schwerpunkt auf den genannten Korruptionskomplexen liegen wird. Beide haben große Auswirkungen auf die jüngste peruanische Geschichte und politische Entwicklung.

Wir freuen uns auf ihre/eure Teilnahme!

Ein Profil von Gustavo Gorriti finden Sie hier: [https://en.wikipedia.org/wiki/Gustavo\\_Gorriti](https://en.wikipedia.org/wiki/Gustavo_Gorriti)

[https://es.wikipedia.org/wiki/Gustavo\\_Gorriti](https://es.wikipedia.org/wiki/Gustavo_Gorriti)

## **11. Bis 25. Oktober: für weltwärts bewerben**

Vom 19. August bis zum Freitag, 25. Oktober 2019 können sich junge Menschen für ein Freiwilligenjahr im Rahmen des weltwärts-Dienstes beim Welthaus Bielefeld bewerben.

Ausschreibung des Peru-weltwärts Freiwilligendienstes für den nächsten Durchgang 2020-2021. Bewerbungen sind nur über das Onlineformular möglich.

Die aktuell zu besetzenden Einsatzplätze sind auf unserer Webseite einzusehen:  
[www.welthaus.de/weltwaerts/einsatzplaetze/peru](http://www.welthaus.de/weltwaerts/einsatzplaetze/peru).

Samstag, 09. und Sonntag, 10. November 2019

im Welthaus Bielefeld nehmen die geeigneten BewerberInnen an den Peru-Auswahltagen teil

---

## VERANSTALTUNGEN

- Berlin, 10. September 2019

Fachkonferenz „Risikogeschäft öffentlich-private Partnerschaften“

<http://www.infostelle-peru.de/web/berlin-10-september-risikogeschaeft-oeffentlich-private-partnerschaften/>

- Freiburg i. Br., 12. September 2019

Reportagen aus dem peruanischen Regenwald

<http://www.infostelle-peru.de/web/freiburg-i-br-12-september-2019-reportagen-aus-dem-peruanischen-regenwald/>

- Hamburg, 24. September 2019

Korruption und investigativer Journalismus in Peru

<http://www.infostelle-peru.de/web/hamburg-24-september-korruption-und-investigativer-journalismus-in-peru/>

- Mainz, 15. Oktober 2019

Der schale Schein des Goldes – von den Inka bis zum Handy

<http://www.infostelle-peru.de/web/mainz-15-oktober-der-schale-schein-des-goldes-von-den-inka-bis-zum-handy/>

- München, 23. Oktober 2019

Lithium, Kupfer, Gold und Wasser – Hauptsache WIR sind mobil ?

<http://www.infostelle-peru.de/web/muenchen-23-oktober-lithium-kupfer-gold-und-wasser-hauptsache-wir-sind-mobil/>

---

*Sie können den Newsletter bestellen über die Website der*

*Informationsstelle Peru e.V., [www.infostelle-peru.de](http://www.infostelle-peru.de)*

*Rückmeldungen an die Newsletter-Redaktion bitte an*

*[newsletter@infostelle-peru.de](mailto:newsletter@infostelle-peru.de)*

*Dieser Newsletter wird herausgegeben von der Informationsstelle Peru e.V. Er wird gefördert aus Mitteln des Kirchlichen Entwicklungsdienstes durch Brot für die Welt – Evangelischer Entwicklungsdienst, von Caritas international, und der Erzdiözese Freiburg .*

*Für den Inhalt dieser Publikation ist allein die Informationsstelle Peru e.V. verantwortlich.*

*Die Informationsstelle Peru e.V. wird unterstützt von den Hilfswerken Misereor, Caritas international und Brot für die Welt – Evangelischer Entwicklungsdienst.*

